

Neef-Methfessel, Tobias (2022): „... nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft ...“ Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann II“  
In: Demokratie-Dialog 11 (2022) S. 19–29.  
doi: 10.17875/gup2022-2119

# „... nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft ...“

Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann II

Tobias Neef-Methfessel

Im Anschluss an den Artikel „Der Sozialist und der Staatsschutz. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann“ in der Ausgabe 9 (2021) des Demokratie-Dialog<sup>1</sup> befasst sich der folgende Text nun mit der Nachkriegsbiografie des ersten Präsidenten des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Karl Hofmann.

**A**us der Arbeiterbewegung stammend hatte Hofmann sich in den 1920er Jahren dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ (ISK), einer sozialistischen Kaderorganisation, angeschlossen, in der er in Hannover eine führende Funktion übernommen hatte. Während des Nationalsozialismus war der ISK an zahlreichen Widerstandsaktionen beteiligt, leistete Fluchthilfe und hielt mit einigen emigrierten Mitgliedern ein transnationales Netzwerk aufrecht, das nach dem Krieg mehrheitlich in der SPD aufging. Von April bis Oktober 1945 verfolgte der ISK in Hannover dann zwei Strategien: Die eine war darauf angelegt, ISKler:innen in den neugebildeten Gremien und Verwaltungsstrukturen zu installieren. Die andere zielte darauf

1 Neef-Methfessel, Tobias: Der Sozialist und der Staatsschutz. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann, in: Demokratie-Dialog 9 (2021), S. 2–12.

ab, die sozialistische Bewegung in Hannover zu organisieren, was fast zwangsläufig zu Konflikten mit Kräften innerhalb der SPD führte, hatten doch gerade jene sozialdemokratischen Netzwerke den Nationalsozialismus unbeschadet überstanden, die den Konflikt mit dem Regime gescheut hatten und schon in der Weimarer Republik für einen moderaten und pragmatischen Politikkurs standen.<sup>2</sup> Während diese Kräfte insbesondere auf eine Restauration der alten Sozialdemokratie setzten, agitierte der ISK für den Neuaufbau einer sozialistischen Bewegung. Bereits im Juli 1945 wurde die „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der sozialistischen Einheit“ vom ISK zusammen mit der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) ins Leben gerufen, um eine erneute Aufspaltung der sozialistischen Bewegungen zu verhindern und die Sozialdemokraten unter Druck zu setzen.<sup>3</sup> Jedoch wurde den Mitgliedern des ISK schnell klar, dass diese Vereinigungsversuche illusorisch waren. Der Handlungsdruck erhöhte sich zusätzlich dadurch, dass, wie der Gewerkschaftler Alfred Dannenberg in einem Schreiben an Willy Eichler betonte, die britische Besatzungsmacht eine aktive Entnazifizierung bisher hinausschiebe und damit der Reorganisation von Nationalsozialist:innen in Verwaltungsstrukturen Vorschub leiste: „Es ist heute schon so weit, daß es für jeden fortschrittlichen Menschen feststeht, die Engländer werden den Linken keine Chance geben. [...] Denn was sollte einen englischen Offizier nach monatelangem Zusammenarbeiten mit Nazis oder Erzreaktionären, die ihre Arbeit gut oder hinreichend bewältigt haben, dazu bringen, diese Leute auf

die Straße zu setzen und sich wieder der Mühe [zu] unterziehen, neue Kräfte einzuarbeiten?“<sup>4</sup>

Vor der Wahl zwischen politischer Marginalisierung und Anpassung an die Sozialdemokratie stehend entschied sich Eichler für Letzteres,<sup>5</sup> und so suchten die ISKler ab August in Verhandlungen mit Kurt Schumacher nach einer Lösung. Die Gespräche liefen vor dem Hintergrund der sich konsolidierenden sozialdemokratischen Parteistrukturen ab, die als Ergebnis dieser Verhandlungen für die Mitglieder von ISK und SAP geöffnet werden sollten. Parallel zu diesem Prozess agitierte der ISK allerdings vielfach konfrontativ gegenüber den lokalen SPD-Strukturen und versuchte weiterhin, eine sozialistische Einheitspartei sowie eigenständige Gewerkschaftsstrukturen aufzubauen. So befand sich Karl Hofmann Ende 1945 in der befremdlichen Situation, dass ihm zwar aufgrund seiner Agitation die Solidarität der lokalen Parteibasis als auch der mittleren Funktionärsbene fehlte, er jedoch vor dem Hintergrund seiner Kontakte zur Besatzungsmacht eine politisch bedeutsame Position außerhalb der SPD eingenommen hatte und seine Aufnahme in die SPD bevorstand.

Unter der Ägide Hinrich Wilhelm Kopfs, der selbst im Mai 1945 nicht durch die parteipolitische Ochsentour,<sup>6</sup> sondern durch die britische

2 Ausführlicher hierzu: Schenke, Julian/Scharf, Philipp/Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers“. Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021, S. 19–25.

3 Grebing, Helga: Entscheidung für die SPD: Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948, Berlin 2020, S. 18–19.

4 Rüther, Martin/Schütz, Uwe/Dann, Otto (Hrsg.): Deutschland im ersten Nachkriegsjahr. Berichte von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) aus dem besetzten Deutschland 1945/46, München 1998, S. 347–348.

5 Klär, Karl-Heinz: Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugendbund (IJB) und Internationaler sozialistischer Kampfbund (ISK) im Licht neuer Quellen, in: IWK 18 (1982), H. 3, S.310–360, hier S. 355.

6 Der Begriff bezeichnet in der Parteienforschung den langwierigen Aufstieg in einer innerparteilichen Hierarchie, der von der lokalen Ebene auf die Landes- und Bundesebene führt. Im Zuge dieses Karriereweges werden unter anderem parteiinternes Vertrauen und Rückhalt aufgebaut. Zum Begriff siehe: Hellmann, Daniel: Der mühselige Weg zum Mandat

Militärregierung ins Amt des Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Hannover eingesetzt worden war,<sup>7</sup> durchlebte Hofmann in den folgenden Jahren eine steile Karriere: Schon im September 1945 wurde er als Sonderreferent für die Entnazifizierung der Handelskammer in Hannover eingestellt. Ab 1946 leitete er dann den Entnazifizierungs-Hauptausschuss der Stadt Hannover, von wo er Ende 1946 als Abteilungsleiter für die Entnazifizierung ins Justizministerium übernommen wurde. Im Februar 1947 wurde er zum Staatskommissar für die Entnazifizierung ernannt und in dieser Funktion später in das CDU-geführte Ministerium für Entnazifizierung übernommen.<sup>8</sup> Der ehemalige Buchhalter stieg somit binnen kürzester Zeit in den höheren Staatsdienst auf.

Die Grundlagen dieser Karriere waren durch die Funktionen geschaffen worden, die Hofmann vor Kriegsende in der Reorganisation der sozialistischen Bewegung sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber den Besatzungsmächten eingenommen hatte. Ein weiterer bedeutender Faktor für seinen Aufstieg ist in der Protektion Hofmanns durch den späteren Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf zu sehen. Umtriebig, aufgrund seiner Rolle in der Übergangszeit bestens vernetzt und durchaus in der Lage, die lokale SPD unter Druck zu setzen, wurde Hofmann unter der Ägide von Kopf, der Hofmanns Agieren richtungsweisend begleitete, früh in die Verwaltungsstrukturen des Landes integriert. Das politische Feld, das Hofmann nun betrat, war von anderen Konfliktlinien und Machtkonstellationen geprägt als das

Feld der Arbeiter:innenbewegung, in der er bis zum Kriegsende gewirkt hatte. Im politischen Feld der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Stabilisierung der Machtoptionen handlungsleitend: Die niedersächsische Sozialdemokratie führte zwar bis 1955 sämtliche Regierungen in Niedersachsen an, jedoch durchgehend in Koalitionen mit konservativen bis reaktionären Parteien, deren Gemeinsamkeiten dünn gesät, deren interne Rivalitäten ausgeprägt waren und die daher auf instabilen Füßen standen.<sup>9</sup> Die Koalitionen, die allesamt von Kopf geleitet wurden, waren daher von einem paradoxen Kräfteverhältnis bestimmt: Stark ausgeprägte konservative und liberal-bürgerliche Milieus hatten im neu gegründeten Bundesland eine zersplitterte Parteienlandschaft hervorgebracht, deren Fragmentierung und innere Rivalität Kopf strategisch zu nutzen wusste,<sup>10</sup> die ihn jedoch immer wieder zu Tribut an seine Koalitionspartner zwang. Gerade in den entscheidenden Jahren 1947–1948, in denen die Entnazifizierung weitgehend durch die niedersächsische Landesregierung übernommen und neu strukturiert wurde, war ein Wahlblock aus der nationalistischen Deutschen Partei (DP) und der CDU an der Koalition beteiligt.

### Die Entnazifizierung in Niedersachsen

Vor diesem Hintergrund vollzog sich der Aufstieg Hofmanns in der Landesverwaltung, und er lernte in diesen Jahren, mit den Ambivalenzen dieser Kräfteverhältnisse zu arbeiten. 1947 wurde die Entnazifizierung in Teilen den Landesregierungen in der britischen Besatzungszone übergeben, wobei seitens der Militärregierung deutlich gemacht wurde, dass mit den Entnazifizierungsprozessen primär Sicherheitsinteressen verknüpft waren. Nach Ansicht des britischen *Public Safety Branch* sollte das Ka-

– aber welcher? Empirische Untersuchungen zu Inhalt und Bedeutung der Ochsentour, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 51 (2020), H. 1, S. 49–67.

7 Nentwig, Teresa: Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat, Hannover 2013, S. 276–278.

8 Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 26, sowie Personalnachweisung in Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 25.

9 Nentwig: Hinrich Wilhelm Kopf, S. 375–402.

10 Schenke/Scharf/Tappé: Konstitutionsfaktoren, S. 21–25.

tegoriensystem der Entnazifizierung „nicht als Strafe für Verhalten in der Vergangenheit“ gesehen, sondern „vom Standpunkt der Sicherung der Zukunft“ betrachtet werden.“<sup>11</sup>

Im März 1948 wurde das vorhandene Ausschusswesen der Entnazifizierung neu strukturiert. Mitglieder der Ausschüsse sollten zugleich Mitglieder der demokratisch legitimierten Parteien sein, wobei eine strukturelle Dominanz der Vertreter:innen der konservativen bis reaktionären Parteien die Arbeit der Ausschüsse prägte,<sup>12</sup> denen Hofmann als Staatskommissar vorstand. Diese Dominanz sorgte dafür, dass unkritische Überprüfungen der Regelfall waren, sodass in der Praxis die Täterschaft des Nationalsozialismus externalisiert wurde, sich eine große Mehrheit der Bevölkerung gegen die als willkürlich wahrgenommene Entnazifizierung solidarisierte und die allermeisten der Überprüften als „unbelastet“ eingestuft wurden.<sup>13</sup> Bereits im Juni 1948 wurde die Abwicklung der Entnazifizierung eingeleitet: Per Erlass wurde den in den Kategorien IV (Mitläufer) und III (Minderbelastete) Entnazifizierten die Möglichkeit eingeräumt, in Berufung zu gehen, und ein Jahr später wurde eine generelle Herabstufung der in Kategorie IV und III Eingestuften nach einem bzw. zwei Jahren in die Kategorie V beschlossen.<sup>14</sup> Mit diesen Beschlüssen war einer massenhaften Rehabilitierung nationalsozialistischer Täter:innen der Weg geebnet, schon bevor das so genannte „131er-Gesetz“ belasteten Beamten die Rückkehr in den Staatsdienst ermöglichte.

## Der Aufbau der Informationsstelle

Kontroversen um Hofmanns Vergangenheit im ISK, seine politische Agitationsweise in der unmittelbaren Nachkriegszeit, seine über die Jahre im Staatsdienst entstandene Linientreue gegenüber Kopf und insbesondere seine Vergangenheit als Staatskommissar für die Entnazifizierung sollten Hofmann noch weit in die 1950er Jahre hinein begleiten. Und obwohl die Entnazifizierung in Niedersachsen von Anfang so zahnlos verlaufen war, dass Hannover zu einem beliebten Anlaufort für nationalsozialistische Polizeioffiziere aus dem Osten geworden war, „denen es in ihrer Heimat zu heiß geworden ist“<sup>15</sup>, war mit Hofmanns Rolle innerhalb der Entnazifizierung eine Art Stigma verbunden, das immer wieder reaktiviert und gerade vor dem Hintergrund seiner neuen Tätigkeit als Leiter eines Nachrichtendienstes zur Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt umgedeutet wurde. Als Kopf dem Niedersächsischen Kabinetts im Herbst 1949 mitteilte, dass Hofmann diese Aufgabe zukommen sollte, wandte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende nach Rücksprache mit der DP an den niedersächsischen Innenminister und äußerte „schwerwiegende Bedenken“. Es dürfe „in keiner Weise weder in sachlicher noch in personeller Hinsicht eine Verbindung zwischen der Entnazifizierung und dem neu geplanten Aufgabenkreis bestehen noch entstehen.“<sup>16</sup> Nach der im Januar 1950 erfolgten Gründung der niedersächsischen „Informationsstelle“ – so der Name der Abteilung, die später schlicht in „Landesamt für Verfassungsschutz“ umbenannt wurde – explizierte ein Artikel aus den *Lüneburger Nachrichten* diese Vorbehalte:

„Die Zweifel bestehen darin, dass diese Entnazifizierung von der Bevölkerung nicht immer ganz verstanden worden ist und – da diese Ansicht

11 Niederschrift der Monatsbesprechung bei Public Safety Special Branch, 05.06.1947, zitiert nach Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020, S. 51.

12 Brüdermann, Stefan: Entnazifizierung in Niedersachsen, in: Poestges, Dieter (Hrsg.): Übergang und Neubeginn. Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Niedersachsens in der Nachkriegszeit, Göttingen 1997, S. 97–118, S. 113.

13 Brüdermann: Entnazifizierung, S. 106–116.

14 Brüdermann: Entnazifizierung, S. 113–114.

15 Rüter/Schulz/Dann: Deutschland im ersten Nachkriegsjahr, S. 349.

16 Schreiben Cillien an Mdl, 15.10.1949, Niedersächsischer Verfassungsschutz, 500 000 a.

nun einmal besteht – angenommen wird, die Informationsarbeit von Karl Hofmann würde ebenso wenig von der Bevölkerung gebilligt werden. Hofmann kennt aus seiner früheren Tätigkeit viele Dinge, die ein Informationschef nicht unbedingt wissen sollte, wenn er sich die Fähigkeit unbeeinflusst zu beobachten und zu beurteilen bewahren will. Bei einer nüchternen Überlegung ein durchaus diskutabler Einwand. Je nachdem in wessen Händen sich das Überwachungsinstrument ‚Informationsstelle‘ befindet, wird es eingesetzt. Die Gefahr, dass sie sich vielleicht in eine neue Gestapo entwickeln könnte, ist zumindest vorhanden.“<sup>17</sup>

Dieser Konnex zwischen der Rolle als Entnazifizierer und der drohenden Gefahr einer „neuen Gestapo“, die eine Täter-Opfer-Umkehr implizierte, wurde immer wieder über Hofmann aktiviert. Auch seine Vergangenheit beim ISK wurde mit einem deutlich erkennbaren, antikommunistischen Unterton gegen ihn in Stellung gebracht. Die *Deutschen Stimmen*, eine nationalistische Zeitung aus dem Umfeld der DP, schrieb im März 1952:

„Auch die Praxis in Niedersachsen lässt erkennen, dass in Regierung und Verwaltung gerade die Personen immer mehr an Macht und Einfluss gewonnen haben und gewinnen, die vom ISK [...] zur SPD gestoßen sind. [...] Diese Leute wussten 1945 noch nicht, ob sie sich der KPD oder der SPD anschließen sollten, und auch Anhänger der SPD, die sie aus ihrer früheren politischen Einstellung kannten, waren erstaunt und verwundert, als sie schließlich Mitglieder der SPD waren. Sie beherrschen zur Zeit wesentliche Stellungen in der Regierung und in der Verwaltung Niedersachsens. Im Besonderen gehört auch der Leiter der Informationsabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums, also der neuen geheimen Staatspolizei, dieser Gruppe des ISK an.“<sup>18</sup>

Bis Mai 1950 hatte Hofmann erste Personalentscheidungen für die Besetzung der „Informationsstelle“ getroffen, und zumindest eine dieser Entscheidungen sollte für die kommenden Jahre von großer Bedeutung sein: Unter den ersten Personen, die er einstellte, befand sich neben einigen Sozialdemokraten auch der ehemalige Hauptmann der Abwehr Richard Gerken.<sup>19</sup> In der Endphase des Zweiten Weltkrieges war Gerken in dem militärischen Nachrichtendienst für die „Zersetzung und Sabotage“ an der Westfront, also für paramilitärische Aktionen hinter der Frontlinie, zuständig gewesen.<sup>20</sup> Gerken hatte sich im ersten Vorläufer eines Landesnachrichtendienstes, dem in Nordrhein-Westfalen gegründeten Staatskommissariat zur Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft, einen Namen gemacht und war, allem Anschein nach mit Unterstützung des britischen MI6, anschließend nach Niedersachsen gekommen.<sup>21</sup> In vielerlei Hinsicht repräsentierte er das Gegenteil Hofmanns: Gerken war 1933 der NSDAP beigetreten und war im militärischen Nachrichtendienst sozialisiert worden. Während Hofmann sein Leben dem politischen Aktivismus untergeordnet hatte und im Nationalsozialismus Entbehrungen ausgesetzt war, galt Gerken als Opportunist, der seine politische Fahne nach dem Wind hängte.<sup>22</sup> Gerken baute nun innerhalb der Informationsstelle Niedersachsen die Beschaffung, also das für die Akquise von Informationen und die Führung von Agent:innen zuständige Referat, auf. Schon im Laufe des ersten Jahres wurde ihm dafür ein Sonderetat von 120 000 DM zugewiesen, mit dem er ein System „freier Mitarbeiter“ einrichtete, über das nationalsozialistisch belastete Mitarbeiter inoffiziell eingestellt wur-

17 O. A.: Der Staatskommissar a.D., in: Lüneburger Nachrichten, 15.02.1950, Abschrift o. Seitenangabe, Privatnachlass Karl Hofmann.

18 O. A.: Die alte Front: SPD-KPD, in: Deutsche Stimmen, 02.03.1952, Zeitungsausschnitt o. Seitenzahl, Privatnachlass Hofmann.

19 Schreiben Hofmann an Finanzminister Strickrodt vom 11.04.1950, Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 200 Acc. 49/83 Nr. 117.

20 The National Archives, UK, KV-2/968.

21 Land Informationsstelle – possible Nominees, 21.04.1949, The National Archives, UK, WO 208/5211.

22 VA S2a to Commander, 03.02.1954, The National Archives, UK, WO 208/5211.

den.<sup>23</sup> Gerkens gute Kontakte zu den britischen Stellen und die zentrale Position, die er innerhalb der Informationsstelle einnahm, schienen Hofmann jedoch schon bald suspekt geworden zu sein, sodass er – freilich ohne dessen Wissen – im Frühjahr 1951 eine Versetzung zum Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erwirkte<sup>24</sup>, und Gerken im Sommer 1952 Hannover in Richtung Köln verließ. Dennoch blieb eine berufliche Kooperation bestehen, das Verhältnis ambivalent: Einerseits traute Gerken den mehrheitlich sozialdemokratischen Landesregierungen nicht über den Weg, andererseits war er in seinen beruflichen Ambitionen auf die Kooperation der Landesämter angewiesen. Hofmann wiederum wollte die Unterstützung des Bundesamtes beim Aufbau eines nachrichtendienstlichen Systems im Grenzbereich bekommen, obgleich er Gerken zu misstrauen schien.

Aufgrund der langen Grenze zur DDR wurde Niedersachsen in den 1950er Jahren zu einem bedeutenden Austragungsort nachrichtendienstlicher Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, weshalb das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz, wie die Informationsstelle ab 1954 hieß, schon in den ersten fünf Jahren einen rasanten Ausbau erlebte. In Zusammenarbeit mit dem BfV bildete der niedersächsische

Landesverfassungsschutz ein dichtes Netz an Einrichtungen, die eine nachrichtendienstliche Kontrolle des Grenzstreifens sowie die Sammlung von Informationen hinter der Grenze ermöglichen sollten. Eine dieser Gründungen war 1952 die Bundesnachrichtenstelle (BUNAST) Hannover, die unter der Ägide des BfV ihre Arbeit aufnahm. Der erste Leiter der BUNAST Hannover wurde der auf Betreiben Gerkens durch das BfV als „freier Mitarbeiter“ eingestellte Walter Odewald. Als Odewald 1955 – aufgrund seiner Vergangenheit als Referent für die Kriminalpolizei beim Leiter des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS in Paris für das besetzte Frankreich – seine offizielle Einstellung und Verbeamtung beim BfV seitens des alliierten Kontrollgremiums des Bundesamtes verweigert wurde, nahm Hofmann die Chance wahr, um die Führung der BUNAST Hannover zu übernehmen: Er überzeugte Odewald, sich in Niedersachsen zu bewerben und beantragte seine Verbeamtung im niedersächsischen Staatsdienst. Faktisch hatte Hofmann dadurch die Leitung der zwar vom BfV finanzierten, jedoch nur inoffiziell eingerichteten, rechtlich fragwürdigen Einrichtung gesichert. Kurz darauf legte er weite Teile der Arbeit der BUNAST Hannover still. Der Grund für dieses widersprüchliche Verhalten lag darin, dass Hofmann die Militarisierung der nachrichtendienstlichen Arbeit im Grenzgebiet zu verhindern suchte. Denn die Befugnisse der BUNAST Hannover waren kurz zuvor durch das BfV mit dem Ziel erweitert worden, ein sogenanntes „Schweigenetz“ hinter der ostdeutschen Grenze einzurichten.<sup>25</sup> Als „Schweigenetze“ wurden in den 1950er Jahren paramilitärische Strukturen bezeichnet, die im Konfliktfall hinter den feindlichen Linien Sabotageakte durchführen sollten. Im Regelfall basierten diese Strukturen zu jener Zeit personell auf Netzwerken aus der Zeit des Nationalsozialismus.<sup>26</sup> Der Etablierung solcher

23 Für das BfV, siehe Goschler, Constantin/Wala, Michael: „Keine neue Gestapo“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015, S. 66–91; zur Informationsstelle Nordrhein-Westfalen, siehe Buschfort, Wolfgang: Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961), Paderborn 2004, S. 80–98. Für Hinweise zur Einstellung belasteter Mitarbeiter über das System „freier Mitarbeiter“ in Niedersachsen, siehe Niederschrift über die 42. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen am 23. August 1956, Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 776.

24 Hett, Benjamin Carter/Wala, Michael: Otto John: Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie, Hamburg 2019, S. 156–157; Domeisen to CPO, 15.05.1951, The National Archive, UK, WO 208/5211.

25 Unterabteilungsleiter IV A an Abteilungsleiter IV, 19.08.1957, Bundesarchiv, B106/200132.

26 Ausführlicher hierzu: Wala, Michael: Stay-Behind Operations, former members of SS and Wehrmacht,

Netze fehlte nicht nur die Rechtsgrundlage, sie waren nach Hofmanns Ansicht auch ein hochriskantes Spiel, da bei ihrer Aufdeckung eine Eskalation der angespannten Lage zwischen Ostberlin und Bonn drohte.

### „Eine Frau schrie“

Im März 1958 brachte jedoch der Spiegel unter der Überschrift „Eine Frau schrie“<sup>27</sup> die Brisanz der Personalien Odewald und Gerken ans Licht der Öffentlichkeit. Der Verfasser des Artikels warf den beiden vor, den Versuch unternommen zu haben, ein aus der Tschechoslowakei geflüchtetes Ehepaar illegal über die Grenze in die DDR abzuschleppen. Die Geschichte wurde allerdings vielmehr als Anlass genutzt, um die NS-Vergangenheit der Nachrichtendienstler zu problematisieren. In der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und den Verfassungsschutzämtern, so der Spiegel, hätte sich eine Praxis etabliert, die faktisch dazu geführt habe, dass „ein Verfassungsschutz mit eigener Exekutive à la Gestapo“ im Entstehen begriffen sei, vor allem in Niedersachsen. Der Artikel wurde dementsprechend aufmerksam in der niedersächsischen SPD wahrgenommen. Noch im März stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Lothar Urbanczyk eine kleine Anfrage an Hinrich Wilhelm Kopf, der nach zwei Jahren in der Opposition 1957 in einer Koalition mit DP und CDU den Posten des Innenministers übernommen hatte, und parallel dazu schickte sich die sozialdemokratische Abgeordnete Maria Meyer-Sevenich an, die Vergangenheit Odewalds zu recherchieren. Schnell fand Meyer-Sevenich Personen, die bezeugten, dass Odewald schon vor 1933 überzeugter Nationalsozialist und später in der SS aktiv gewesen sei. Sie

erstattete Anzeige beim Bundesanwalt gegen Odewald und Gerken und versuchte, bei Kopf und Hofmann die Versetzung Odewalds zu erzwingen.

Hofmann reagierte jedoch nicht, wie von Meyer-Sevenich erwartet, mit einer Versetzung Odewalds, sondern beauftragte Recherchen im eigenen Haus und erging sich in Erklärungen, welche strategische Bedeutung Odewald für ihn besäße. Meyer-Sevenich schien es unverständlich, wie sich ein Parteigenosse, der selbst im Widerstand tätig gewesen war, hinter einen Beamten vom Schlage Odewalds stellen konnte, sodass die Auseinandersetzung endgültig eskalierte.<sup>28</sup> Im November 1958 legte Meyer-Sevenich Kopf eine Dienstrangliste der SS vor, aus der hervorging, dass Odewald Inhaber des SS-Totenkopfringes gewesen sei. Kopf gab diese Information zur Prüfung in sein Ministerium, das sich jedoch mit einer beeidigten Aussage Odewalds, diesen Ring niemals erhalten zu haben, zufriedengab.<sup>29</sup> Nachdem ihr klar geworden war, dass auch vonseiten Kopfs keine größere Unterstützung in ihrem Streben, Odewald aus dem Verfassungsschutz zu entfernen, zu erwarten war, wandte sich Meyer-Sevenich konsterniert an den Geschäftsführer des Landesausschusses der SPD, Hans Striefler. Dieser organisierte im Dezember 1958 ein Treffen zwischen Meyer-Sevenich, Hofmann, Kopf und einigen zentralen Parteigenossen, um dem Konflikt um Odewald vor dem im Frühjahr 1959 anstehenden Wahlkampf ein Ende zu bereiten. Mit den Informationen von Meyer-Sevenich konfrontiert, war Hofmann genötigt, seine Position zur Causa Odewald darzulegen: Er bestritt, aus einem „Treuekomplex“<sup>30</sup> gegenüber Odewald heraus zu

and american intelligence services in early cold war Germany, in: *Journal of Intelligence History*, Jg. 15 (2016), H. 2, S. 71–79.

27 Hier und im Folgenden: Nayhauß, Mainhardt Graf von: „Eine Frau schrie“, in: *Der Spiegel*, 11.03.1958.

28 Briefwechsel Hofmann-Meyer Sevenich, 24.11.1958–03.12.1958, Bundesarchiv, ZSG 163/733.

29 Eidesstattliche Erklärung Odewald vom 26.11.1958. Niedersächsisches Landesarchiv, Nds.147 Acc. 2012/093 Nr. 48.

30 Hier und im Folgenden: Vermerk über eine persönliche Besprechung in Sachen Odewald, 06.12.1958, Bundesarchiv, ZSG 163/733.

handeln, sondern nahm vor dem Hintergrund seiner eigenen Biografie in Anspruch, erkennen zu können, ob eine Person ein „getarnter SS-Mann“ sei: Schließlich habe er im Rahmen der Entnazifizierung „nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft“. Zugleich reproduzierte Hofmann das leitende Narrativ für die nachrichtendienstliche Personalstruktur der Nachkriegszeit: „Es wäre ihm zwar auch wesentlich lieber,“ so „gibt es der Gesprächsvermerk wieder,

„wenn das Reservoir an geeigneten Fachkräften so groß wäre, daß man nur mit auch optisch völlig unbelastetem Personal arbeiten könne. Dazu sei jedoch die vorhandene Personaldecke an kriminalistischen Fachkräften einfach zu knapp. Nachdem nun einmal die ganze Kriminalpolizei durch das Dritte Reich und die Angleichungsmaßnahmen an die SS hindurchgegangen sei, könne man diesen Personenkreis nicht schlechthin von jeder Mitarbeit ausschließen. [...] Man könne schließlich nicht davon ausgehen, daß das deutsche Volk eine soziologisch und moralisch völlig intakte Struktur besäße.“

In der anschließenden Vernehmung räumte Odewald jedoch ein, schon vor 1933 die Nationalsozialisten unterstützt zu haben. Als zum Jahreswechsel erneut die Berichterstattung über den Fall Odewald einsetzte, wurde deutlich, dass Hofmanns Position im Verfassungsschutz kaum mehr zu halten war. Obgleich Kopf sich noch Anfang des Jahres hinter ihn stellte, mehrten sich innerhalb der Partei die Stimmen, die Hofmanns Absetzung forderten. Diesem Druck war Hofmann nicht mehr gewachsen. Er verstarb am 09.01.1959 auf einer Dienstreise an Herzversagen, kurz nachdem er noch in Hannover angerufen und sich über einen Zeitungsartikel zum Fall Odewald erregt hatte.<sup>31</sup>

## Der Sozialist und der Staatsschutz

Der Causa Odewald wohnt unzweifelhaft eine gewisse Tragik inne: Begann Hofmanns Karriere als Leiter des Verfassungsschutzes mit der Unterstellung, als Widerständler und ehemaliger Entnazifizierer eine „neue Gestapo“ einrichten zu wollen, die auf der Basis des Wissens um die nationalsozialistische Vergangenheit von Personen der Öffentlichkeit ihre Macht im politischen Feld auszubauen trachte, so fand sie ihr Ende über den Vorwurf, einen Nachrichtendienst eingerichtet zu haben, der gerade aufgrund des Rückgriffes auf nationalsozialistische Beamte zu einer der Gestapo ähnlichen Organisation mutiert sei. In dieser Entwicklung spiegelt sich nicht nur ein sich wandelnder Zeitgeist, in dessen Zuge langsam die nationalsozialistische Vergangenheit von Mitarbeiter:innen in Sicherheitsbehörden publik wurde.<sup>32</sup> Sondern es zeigt sich zugleich, in welchem Maße die alltägliche Arbeit im sicherheitspolitischen Feld, das von Personal mit nationalsozialistischer Belastung durchdrungen war, zu einer Normalisierung und einer Grenzverschiebung im Denken Hofmanns selbst geführt hatte.

Zunächst ist mit Blick auf die Entwicklung des niedersächsischen Verfassungsschutzes festzuhalten, dass zwei Mitarbeiter, die aus der Abwehr stammten, einen maßgeblichen Einfluss auf die Organisationsentwicklung in den Gründungsjahren hatten: Neben Richard Gerken ist dies der ihm folgende Leiter des Referats Beschaffung Walter Lorenz, der ab 1953 zusätzlich die Spionageabwehr, das umfassendste Referat im niedersächsischen Verfassungsschutz der 1950er Jahre, aufbaute. Insbesondere Gerken schaffte es nicht nur, strukturell Einfluss auf die Behörde zu nehmen und über das System der „freien Mitarbeiter“ persönliche Kontakte aus der Zeit vor dem Kriegsende in die Behörde zu integrieren. Sondern Gerken war auch aufgrund seiner guten Kontakte zum britischen MI6 ein privilegierter Akteur innerhalb der Organisation

31 Fritz Tobias, „Der Fall Obels“, Bundesarchiv, ZSG 163/733.

32 Goschler/Wala: „Keine neue Gestapo“, S. 195–228.

und nahm binnen kürzester Zeit eine Schlüssel-funktion ein.

Der Rückgriff des britischen Nachrichtendienstes auf Gerken, der sich dem MI6 als willfähriger Informant anbot und so seine Nachkriegskarriere einleitete, ist nicht isoliert zu betrachten. Ähnliche Karrieren von Personen, die mitunter eine deutlich höhere Belastung aufwiesen, durchziehen die Entstehungsgeschichte der westlichen, transnationalen Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit. Was ihnen gemein war, ist der Umstand, dass sie ihr Schicksal vor dem Hintergrund des sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit erst abzeichnenden Kalten Krieges zu wenden wussten, indem sie ihr Wissen und ihre Netzwerke zur Verfügung stellten und sich so den Schutz vor Strafverfolgung und in vielen Fällen auch eine Zukunft in der Nachkriegsgesellschaft sicherten.<sup>33</sup> Oftmals, wie auch im Fall Gerken, wurde das Wissen dieser Personen zunächst genutzt, um retrospektiv die Strukturen der nationalsozialistischen Nachrichtendienste zu durchdringen: Gerken lieferte den Alliierten Namenslisten und Informationen über Waffen-depots und Aktenverstecke.<sup>34</sup> Zugleich wurde jedoch Wissen über den militärisch-nachrichtendienstlichen Komplex der Sowjetunion produziert, das insbesondere für die britischen und amerikanischen Nachrichtendienste von großem Interesse war. Dies wiederum konnten die Belasteten nutzen, um ihr Handeln zu rechtfertigen und sich Rehabilitation zu verschaffen.

Wenngleich die Hierarchie zwischen den alliierten Nachrichtendiensten und ihren nationalsozialistischen Kontakten klar geregelt war, ist deren Machtverhältnis nicht eindeutig zu beurteilen: In den Wissens- und Praxisbeständen,

die aus diesen Kontakten resultierten, schrieben sich die Rechtfertigungs- und Wahrnehmungsmuster der nationalsozialistischen Beamten mit ein. So entwickelten sich Kooperationen, im Rahmen derer die Belasteten, wenngleich sie von den Alliierten aufgrund ihrer oftmals offenen zutage tretenden rassistischen und autoritären Einstellungen kritisch betrachtet wurden, einen Spielraum erhielten, den sie zu ihrem und dem Vorteil der sie umgebenden Netzwerke zu nutzen wussten.<sup>35</sup> Auf dieser Grundlage wurde auch der niedersächsische Verfassungsschutz, der zunächst als eine explizit sozialdemokratische Idee einer „Informationsstelle“ entwickelt worden war, in die Wissens- und Praxiscommunitys des nachrichtendienstlichen Feldes integriert, und auch Hofmanns Handeln strukturierte sich im Zuge seines Eintritts in die Organisation neu, wie Gerken bemerkte: Er betonte im Herbst 1952 gegenüber seinem britischen Kontaktoffizier in Bezug auf Hofmann, „dass sein technisches Know-how und seine Autorität in den letzten Monaten enorm zugenommen haben und dass er nun als Doyen der Sicherheitsorganisation gilt.“<sup>36</sup> In dieser Einschätzung zeigt sich zunächst, dass Hofmann in Gerken Augen in einem umfassenden Sinne zu einem Akteur im nachrichtendienstlichen Feld geworden war, der den Habitus und die feldinhärenten Logiken übernommen hatte. Es handelte sich allerdings nicht um eine schlichte Übernahme von bestimmten Handlungs- und Denkweisen, sondern um einen reflexiven Prozess. Hofmann war sich, das zeigen die Akten deutlich, der Ambivalenz des Verhältnisses zu den Teilen seines Personals, die im Nationalsozialismus geprägt worden waren, bewusst, er ordnete diesen Umstand jedoch anderen Risikoszenarien unter. Neben der für die Nachrichtendienste der Nachkriegszeit so charakteristischen beständigen Angst

33 Ausführlicher hierzu Wala, Michael: Westliche Nachrichtendienste, SS-, Gestapo- sowie Wehrmachtsangehörige und die Entstehung einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur im frühen Kalten Krieg, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Jg. 9 (2016), H. 2, S. 13–25.

34 The National Archive, UK, KV 2/968.

35 Wala: Westliche Nachrichtendienste, S. 20–23.

36 L.O. Brown, 14.10.1952, The National Archives, UK, WO 208/5211. Original: „[...] that his technical know-how and authority had increased tremendously in recent months, and that he was now considered to be the doyen of the security organization.“

vor kommunistischer Unterwanderung hatte Hofmann die fast paranoide Sorge, die Kontrolle über das Agieren anderer Nachrichtendienste in Niedersachsen sicherzustellen. Gerade das System der Bundesnachrichtenstellen, die neben der BUNAST Hannover auch in Kassel und Lübeck gegründet worden waren, hatte sich im Laufe der 1950er Jahre zu einer großen Initiative amerikanisch-deutscher nachrichtendienstlicher Kooperation entwickelt.<sup>37</sup> Hofmann jedoch trachtete danach, die Institutionalisierung der US-amerikanischen Dienste in seinem Kontrollbereich so gering wie möglich zu halten.<sup>38</sup> Er war somit in einem umfassenden Sinne Leiter einer Organisation geworden, die seine Wahrnehmungen und strategischen Erwägungen durchdrang, zugleich aber müssen seine Handlungen als reflexive und normativ motivierte Versuche angesehen werden, auf das sich konsolidierende nachrichtendienstliche Feld der Nachkriegszeit einzuwirken.

#### Literatur:

Allen, Keith R.: *Interrogation Nation: Refugees and Spies in Cold War Germany*, Lanham/Boulder/New York/London 2017.

Brüdermann, Stefan: *Entnazifizierung in Niedersachsen*, in: Poestges, Dieter (Hrsg.): *Übergang und Neubeginn. Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Niedersachsens in der Nachkriegszeit*, Göttingen 1997, S. 97–118.

Buschfort, Wolfgang: *Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961)*, Paderborn 2004.

Goschler, Constantin/Wala, Michael: *„Keine neue Gestapo“*. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015.

Grebing, Helga: *Entscheidung für die SPD: Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948*, Berlin 2020.

Hellmann, Daniel: *Der mühselige Weg zum Mandat – aber welcher? Empirische Untersuchungen zu Inhalt und Bedeutung der Ochsentour*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 51 (2020), H. 1, S. 49–67.

Hett, Benjamin Carter/Wala, Michael: *Otto John: Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie*, Hamburg 2019.

Klär, Karl-Heinz: *Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugendbund (JJB) und Internationaler sozialistischer Kampf Bund (ISK) im Licht neuer Quellen*, in: *IWK*, Jg. 18 (1982), H. 3, S.310–360.

Leßau, Hanne: *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020.

Nayhauf, Mainhardt Graf von: *„Eine Frau schrie“*, in: *Der Spiegel*, 11.03.1958.

Neef-Methfessel, Tobias: *Der Sozialist und der Staatsschutz. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann*, in: *Demokratie-Dialog* 9 (2021), H. 2, S. 2–12.

Nentwig, Teresa: *Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat*. Hannover 2013.

O. A.: *Der Staatskommissar a.D.*, in: *Lüneburger Nachrichten*, 15.02.1950, Abschrift o. Seitenangabe, Privatnachlass Karl Hofmann.

O. A.: *Die alte Front: SPD-KPD*, in: *Deutsche Stimmen*, 02.03.1952, Zeitungsausschnitt o. Seitenzahl, Privatnachlass Hofmann.

Rüther, Martin/Schütz, Uwe/Dann, Otto (Hrsg.): *Deutschland im ersten Nachkriegsjahr. Berichte von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) aus dem besetzten Deutschland 1945/46*, München 1998.

Schenke, Julian/ Scharf, Philipp/ Tappé, Luke: *Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers“*. Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021.

Wala, Michael: *Stay-Behind Operations, former members of SS and Wehrmacht, and american intelligence services in early cold war Germany*, in: *Journal of Intelligence History*, Jg. 15 (2016), H. 2, S. 71–79.

Wala, Michael: *Westliche Nachrichtendienste, SS-, Gestapo- sowie Wehrmachtsangehörige und die Entstehung einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur im frühen Kalten Krieg*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Jg. 9 (2016), H. 2, S. 13–25.

37 Allen, Keith R.: *Interrogation Nation: Refugees and Spies in Cold War Germany*, Lanham/Boulder/New York/London 2017, S. 46.

38 Meyer-Sevenich an Hofmann, 26.11.1958, Bundesarchiv, ZSG 163/733.

**Archivalien:**

The National Archives (UK):

UK, KV-2/968

UK, WO 208/5211

Bundesarchiv:

Bundesarchiv, B106/200132

Bundesarchiv, ZSG 163/733

Niedersächsisches Landesarchiv:

Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 776

Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 25

Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 26

Nds. 147 Acc. 2012/093 Nr. 48

Nds. 200 Acc. 49/83 Nr. 117

Altaktenbestand Niedersächsischer Verfassungsschutz:

500 000 a



**Tobias Neef-Methfessel** arbeitet am Institut für Demokratieforschung an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen. Seit 2018 erforscht er die Entstehung und Entwicklung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.